

PROLETARIER ALLEN LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLEN LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

MÄRZ 1990

DDR - 18. März 1990

"FREIE WAHL" ZWISCHEN PEST UND CHOLERA !

Seit die westdeutschen Revanchisten die Öffnung der Mauer am 9. November mit dem Absingen des "Deutschland-Liedes" vor dem Schöneberger Rathaus als ihren Sieg gefeiert haben, steigt die deutsch-nationalistische Woge und steuert auf die Wahlen in der DDR zu.

NEIN ZU EINEM "GROSSEN UND STARKEN DEUTSCHLAND"

Zwischenzeitlicher Höhepunkt war die Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember. Die aufgeputschte deutsch-nationale Stimmung der dort Versammelten entsprach dem Anlaß: Ein reaktionäres Symbol der deutschen Geschichte wurde in Besitz genommen. Kohl und Momper hielten ihre teutonischen Triumphreden und beschworen ungeniert die Vision von "Berlin, unserer alten Hauptstadt" an einem Ort, der wie kaum ein anderer die fluchbeladene Geschichte der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Imperialismus repräsentiert. Wenn es nicht schon vorher klar war, dann wurde spätestens jetzt deutlich: die westdeutschen Imperialisten haben die Einverleibung der DDR praktisch auf die Tagesordnung gesetzt. Klar wurde auch, daß sie es sind, die im Kolonialherrenstil den Fortgang der Ereignisse bestimmen und vor allem Nutzen daraus ziehen. Modrow, der Ministerpräsident des revisionistisch-kapitalistischen Regimes der DDR, durfte dazu nur seinen "guten Willen" zum Ausdruck bringen und im übrigen wird er kurz abgefertigt, wie sein Besuch in Bonn bewies.

Der nächste Höhepunkt, für den die westdeutschen Revanchisten mit aller Macht trommeln und für den die Propagandaapparate der faktisch gleichgeschalteten westdeutschen Medien heißlaufen, sind die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990.

Für den westdeutschen Imperialismus und seine Politiker, gleich welcher Couleur, ist es ausgemachte Sache, daß diesen Wahlen die Einverleibung der DDR folgen wird. Auch wenn noch einige Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz anstehen,

seien es die französischen, die britischen, die us-amerikanischen Imperialisten oder die russischen Sozialimperialisten, geht es für ihn nur noch um die günstigsten Übergabe-Modalitäten, um den geschicktesten Weg zur politischen Macht, um den effektivsten Zugriff auf die Wirtschaft der DDR usw. Fest steht allerdings schon jetzt, daß die Kosten dieser "Übernahme" auf den Rücken der Werktätigen hier und in der DDR abgewälzt werden sollen.

Gelingt dem westdeutschen Imperialismus die Einverleibung der DDR, dann geht ein alter Plan in Erfüllung, dann ist ein wichtiger Schritt zu alter Macht und Herrlichkeit getan. Dazu gehört auch, der bestehenden Westgrenze Polens die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung zu verweigern. Für den westdeutschen Revanchismus besteht Deutschland in den Grenzen von 1937 fort. Das polnische Volk, das unter dem Nazi-Faschismus unermesslich gelitten hat, ist von der aufsteigenden Flut des westdeutschen Revanchismus direkt bedroht.

So geht der westdeutsche Imperialismus mit aller Macht daran, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren. Er wirft dabei seine Stärke als imperialistische Großmacht in die Waagschale, die weltweit um Hegemonie und Einflußsphären kämpft und die sich gezielt auf einen Krieg mit den imperialistischen Konkurrenten vorbereitet, die sich ihm bei der Verwirklichung seiner Ziele in den Weg stellen.

Die Dinge sind in Fluß geraten, aber nach rückwärts. Ein "großes und starkes Deutschland" droht Gestalt anzunehmen. Die Völker haben damit nur leidvolle Erfahrungen gemacht.

NICHT "STALINISTISCHE", SONDERN "ANTISTALINISTISCHE" ZUSTÄNDE FÜHRTEN ZUR PLEITE DES REVISIONISTISCHEN REGIMES IN DER DDR

Wohin die Reise geht, darüber lassen die Politiker des westdeutschen Imperialismus bei ihren Auftritten in der DDR keinen Zweifel. "Das Ziel bleibt die Einheit der Nation", verkündete Kohl in Dresden. Brandt, der alte "Frontstadt"-Strategie und Veteran des Kalten Krieges, propagiert offen die Einverleibung der DDR, sie hat für ihn keine "innere Notwendigkeit", so bei seinem Auftritt in Gotha, "es wird zusammenwachsen, was zusammengehört". Auch der AL und den "Grünen" gilt dies als ausgemachte Sache, allenfalls Vorbehalte über die Art und das Tempo sind zuweilen zu hören.

Es ist kein Wunder, wenn Politiker und Medien des westdeutschen Imperialismus bei dieser "Wahlvorbereitung" jubeln: "Endlich freie Wahlen!". Haben sie doch mit erheblichem Aufwand nicht nur dafür gesorgt, für welche Ziele diese Wahlen stehen, sondern auch für entsprechende Kandidaten. Die DDR-Ableger holen sich ihre Marschbefehle in den Bonner Partezentralen ab und werden mit der entsprechenden "Hilfe" ausgestattet. Unbestreitbar stehen heute mit ernsthaften Chancen nur mehr oder weniger offene Statthalter des westdeutschen Imperialismus zur Wahl. Ob SPD, ob "Allianz für Deutschland", ob "Bund Freier Demokraten" etc., allesamt eint sie die Forderung nach "freier Marktwirtschaft", d.h. nach noch freierer Bahn für das westdeutsche Kapital und nach "deutscher Einheit", was der Einverleibung der DDR gleichkommt. Auf diese Weise läuft alles in den Gleisen, die von den westdeutschen Imperialisten und Revanchisten bestimmt werden. Die Souveränität der DDR ist für sie faktisch und praktisch erledigt.

Und die SED bzw. PDS ? Sie versucht sich als "Alternative" herauszuputzen, und gibt doch bloß eine weitere Schattierung bei dieser Wahl zwischen Pest und Cholera ab. Die von ihr bis heute geführte Regierung war zu einem Zugeständnis nach dem anderen an den westdeutschen Imperialismus bereit, um für sich zu retten, was noch zu retten ist, und hat dennoch immer mehr verspielt. Die SED hat durch ihren Verrat am Kommunismus überhaupt erst ermöglicht, daß die westdeutschen Imperialisten sich wie die späten "Sieger" des Kalten Krieges gegen das damalige sozialistische Lager und die Sowjetunion Stalins aufführen können, mit dem sie den 2. Weltkrieg doch noch gewinnen wollten.

Die SED, die nach dem Sieg der Völker über den Hitlerfaschismus für einen antifaschistischen Neubeginn und die Möglichkeit stand, einen Sozialismus aufzubauen, der diesen Namen auch verdient, hat längst aufgehört, eine revolutionäre und antifaschistische Kraft zu sein. Mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten in der KPdSU verkam auch die SED zu einer Partei, die nicht mehr die geschichtlichen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen vertrat, sondern die Pfründe einer neuen Klasse von Ausbeutern verteidigt, zu denen ihre führenden Kräfte selbst gehören. Diese neue Bourgeoisie der DDR sieht die Möglichkeit, ihre Position durch Kooperation mit dem westdeutschen Imperialismus zu erhalten.

Gegen die Diktatur dieser neuen Bourgeoisie, welche ein Ausbeuterregime über



das Volk ausübt, richteten sich zu Anfang der Massenbewegung in der DDR zu recht viele Proteste. Es waren Proteste gegen ein Regime, das den Sozialismus bis zum geht nicht mehr in Mißkredit gebracht hat, das den Ausverkauf des Landes für harte Devisen betrieben und es bis an den Rand des Ruins geführt hat.

"FREIE WAHL" DER STATTHALTER DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Die Heuchelei der westdeutschen Imperialisten und ihrer Statthalter in der DDR, die jetzt zu den Wahlen antreten, zeigt sich gerade in der Lüge, daß der "Stalinismus" am Ende sei und daß die Massenbewegung oder auch die massenhafte Fluchtbewegung in der DDR, Zeichen einer Abkehr von "stalinistischen Zuständen" seien, die nun durch "freie Wahlen" besiegelt werde.

Das Gegenteil ist richtig. Die Massenbewegung in der DDR und in den ehemals sozialistischen Ländern und die Entwicklung, die sie auslösten, entstand aus Zuständen, für die erbitterte Feinde Stalins verantwortlich waren, Renegaten des Kommunismus und Revisionisten, deren wichtigstes Markenzeichen gerade die hemmungslose Hetze gegen Stalin und die ABKEHR vom Sozialismus zur Zeit Stalins war.

Zur Zeit Lenins und Stalins war die sozialistische Sowjetunion ein leuchtendes Beispiel für die bewußten Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt. Die Sowjetunion demonstrierte zu dieser Zeit Freunden und Feinden einen gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung, während die Länder des Imperialismus von Krisen und Zerfall geschüttelt waren. Ohne Frage stand die Mehrheit der Arbeiterklasse in der Sowjetunion und die Mehrheit der werktätigen Massen geschlossen hinter der Kommunistischen Partei unter der Führung Stalins, kämpfte für den Aufbau des Sozialismus und bewies im Krieg gegen die Nazis die welthistorische Überlegenheit des Sozialismus, die ganze Kraft und Richtigkeit der Linie Lenins und Stalins.

Heute jedoch ist die Mehrheit der Werktätigen angewidert von den revisionistischen Regimes, die sich als "sozialistisch" ausgaben. Diese Länder können keineswegs Vorbild, sondern nur abschreckendes Beispiel für die Arbeiterbewegung aller Länder sein. Die Pleite dieser Länder, wie der DDR, sind eben nicht Ausdruck und Folge eines sozialistischen Systems, sondern Ergebnis der seit über 30 Jahren betriebenen Restauration eines Kapitalismus, der im Konkurrenzkampf den Kürzeren zieht.

Bei der Entwicklung der Massenbewegung in der DDR muß gesehen werden, daß sie, die getragen wird vor allem von einer Generation, die niemals wirklichen Sozi-

alismus, sondern nur seine "reale" Perversion erfahren hat, den "Sozialismus" erlebt hat als eine katastrophal unsoziale, undemokratische und antisozialistische Schandpolitik. Dies erklärt, warum so entsetzlich viele Illusionen in den "Westen" vorhanden sind, daß sogar reaktionistische Politiker, von Brandt bis Schönhuber, zum Vorbild genommen werden und der Einfluß der nach "Deutschland einig Vaterland" schreienden Kräfte wächst, wie das beispielsweise in Leipzig offensichtlich ist.

Erst wenige, die gegen die herrschenden Verhältnisse in der DDR protestieren, haben vielleicht in Ansätzen erkannt, daß die Verhältnisse in der DDR seit über 30 Jahren im Kern eben nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch waren, daß der Profit für eine kleine Klasse der Ausbeuter hier wie da oberstes Prinzip war und ist, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse hier wie da nicht das Sagen hat, daß diese Verhältnisse nicht durch "freie Wahlen" umzuwälzen sind, und schon gar nicht durch solche, bei denen die Statthalter des westdeutschen Imperialismus die aussichtsreichsten Kandidaten sind.

Erst die bewaffnete sozialistische Revolution, die Zerschlagung des Staatsapparats der Bourgeoisie, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus, wird Schluß machen mit Ausbeutung und Unterdrückung, mit Korruption und Mißwirtschaft, wird der Masse der Werktätigen Demokratie bringen und die Ausbeuter und Reaktionäre unterdrücken!

Eine zentrale Rolle in der Demagogie der westdeutschen Imperialisten spielt die Gleichsetzung der revisionistischen Diktatur in der DDR mit der sozialistischen Demokratie, um den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats zu diskreditieren. Heuchlerisch stellen sie ihren eigenen, den westdeutschen Polizeistaat als den eigentlich "demokratischen" hin. Angesichts dessen ist unsere Aufgabe weniger, real existierende Unterschiede zwischen der DDR auf der einen und Westberlin und der BRD auf der anderen Seite aufzuzeigen, als vielmehr ihre Gemeinsamkeit: Die Arbeiterinnen und Arbeiter haben nicht das Sagen. In krassstem Gegensatz dazu stehen die Vorstellungen der Kommunisten von wirklicher, sozialistischer Demokratie:

Auszug aus dem Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), 1919:

Die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie

1. Die bürgerliche Republik, selbst die demokratischste, durch die Losungen eines vom ganzen Volk getragenen, gesamt-nationalen oder über den Klassen stehenden Willens geheiligte, blieb in Wirklichkeit - da es Privateigentum am Grund und Boden und an den übrigen Produktionsmitteln gab - eine Diktatur der Bourgeoisie, eine Maschine zur Ausbeutung und Unterdrückung der gewaltigen Mehrheit der Werktätigen durch ein Häuflein Kapitalisten. Im Gegensatz hierzu machte die proletarische oder sowjetische Demokratie die Massenorganisationen gerade der vom Kapitalismus unterdrückten Klassen, der Proletarier und armen Bauern, der Halbproletarier, d.h. der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung, zur dauernden und einzigen Grundlage des ganzen Staatsapparats, des lokalen und des zentralen, von unten bis oben. Hierdurch verwirklichte der Sowjetstaat unter anderem in unvergleichlich größerem Umfang als irgendwo anders die lokale und regionale Selbstverwaltung ohne irgendwelche von oben eingesetzte Organe. Es ist Aufgabe der Partei, unermüdet daran zu arbeiten, daß dieser höchste Typus des Demokratismus überall in der Praxis voll verwirklicht wird, der aber nur dann richtig funktionieren kann, wenn das Kulturniveau, die Organisiertheit und die Selbsttätigkeit der Massen ständig gehoben werden.

2. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die den Klassencharakter ihres Staates verschleierte, erkennt die Sowjetmacht offen an, daß jeder Staat unvermeidlich Klassencharakter tragen muß, solange nicht die Teilung der Gesellschaft in Klassen und zugleich damit jede Staatsmacht aufgehoben ist. Der Sowjetstaat ist seinem ganzen Wesen nach darauf gerichtet, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, und die Sowjetverfassung, die davon ausgeht, daß jede Freiheit Betrug ist, wenn sie der

Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals widerspricht, schrickt nicht davor zurück, den Ausbeutern die politischen Rechte zu entziehen. Die Aufgabe der Partei des Proletariats besteht darin, den Widerstand der Ausbeuter entschieden zu unterdrücken, die tief eingewurzelten Vorurteile über den absoluten Charakter der bürgerlichen Rechte und Freiheiten ideologisch zu bekämpfen und zugleich klarzustellen, daß die Entziehung politischer Rechte und jegliche Freiheitsbeschränkungen nur als vorübergehende Maßnahmen notwendig sind, um den Versuchen der Ausbeuter, ihre Privilegien zu behaupten oder wiederherzustellen, entgegenzutreten. (...)

3. Die bürgerliche Demokratie beschränkte sich darauf, die politischen Rechte und Freiheiten, wie das Versammlungs-, das Koalitions- und das Presserecht formal auf alle Staatsbürger gleichermaßen auszuweiten. In Wirklichkeit aber machte es sowohl die administrative Praxis als auch vor allem die ökonomische Sklaverei der Werktätigen letzteren unter der bürgerlichen Demokratie stets unmöglich, sich der Rechte und Freiheiten einigermaßen umfassend zu bedienen.

Umgekehrt gewährt die proletarische Demokratie die Rechte und Freiheiten, anstatt sie nur formal zu verkünden, faktisch vor allem und am meisten gerade jenen Klassen der Bevölkerung, die vom Kapitalismus unterdrückt waren, d.h. dem Proletariat und der Bauernschaft. Zu diesem Zweck expropriert die Sowjetmacht von der Bourgeoisie Räumlichkeiten, Druckereien, Papierlager usw., die sie den Werktätigen und deren Organisationen zur vollen Verfügung stellt.

Aufgabe der KP ist es, immer breitere Massen der werktätigen Bevölkerung dazu heranzuziehen, von den demokratischen Rechten und Freiheiten Gebrauch zu machen und größere materielle Möglichkeiten hierfür zu schaffen.

4. Die bürgerliche Demokratie proklamierte jahr-

hundertlang die Gleichheit der Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität, aber der Kapitalismus gestattete es nirgends, diese Gleichberechtigung tatsächlich zu verwirklichen, und führte in seinem imperialistischen Stadium zur äußersten Verschärfung der Klassenverfolgung und der nationalen Unterdrückung. Nur weil die Sowjetmacht die Macht der Werktätigen ist, vermochte sie diese Gleichberechtigung zum erstenmal in der Welt konsequent und in allen Sphären des Lebens bis zur vollständigen Überwindung der letzten Spuren der Ungleichheit der Frau auf dem Gebiet des Eherechts und überhaupt des Familienrechts zu verwirklichen. Aufgabe der Partei ist gegenwärtig vorwiegend die ideologische und erzieherische Arbeit, um alle Spuren der früheren Ungleichheit bzw. Voreingenommenheit, besonders unter den zurückgebliebenen Schichten des Proletariats und der Bauernschaft, konsequent zu tilgen.

Die Partei, die sich nicht auf die formale Gleichberechtigung der Frauen beschränkt, ist bestrebt, die Frauen von den materiellen Lasten der veralteten Hauswirtschaft zu befreien, indem sie an deren Stelle Hauskommunen, öffentliche Speisehäuser, zentrale Wäschereien, Kinderkrippen usw. setzt.

5. Indem die Sowjetmacht den werktätigen Massen unvergleichlich größere Möglichkeiten gewährt als unter der bürgerlichen Demokratie und dem Parlamentarismus, die Deputierten in der für die Arbeiter und Bauern einfachsten und faßlichsten Weise zu wählen und abzuberufen, beseitigt sie zugleich die negativen Seiten des Parlamentarismus, besonders die Trennung von legislativer und exekutiver Gewalt, die Losgelöstheit der Vertretungskörperschaften von den Massen usw.

Der Sowjetstaat bringt den Staatsapparat auch dadurch den Massen näher, daß zur Wahlmündigkeit und zur Grundzelle des Staates nicht der territoriale Bezirk, sondern die Produktionseinheit (Werk, Fabrik) wird.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, die gesamte Arbeit in dieser Richtung fortzuführen und die weitere Annäherung der Machtorgane an die werktätigen Massen auf dem Boden einer immer exakteren und vollständigeren Verwirklichung des Demokratismus durch diese Massen in der Praxis, besonders aber durch die Anwendung der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der beamteten Personen, anzustreben.

zitiert nach: "Programm der KPR(B)", Nachdruck Frankfurt/M 1989, Buchladen Georgi Dimitroff